

A1: Rückweisungsantrag Positionspapier "Wieso die SVP unsere Freiheit und Demokratie gefährdet"

Antrag zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 24. September 2023 in Uster

Antragstellende: JUSO Kanton St.Gallen, JUSO Stadt Bern, JUSO Kanton Zürich, Mario Huber (JUSO Zug), Elisa Moret (JSVR), Meli Del Fabro (JUSO AG), Levin Freudenthaler (JUSO Zug)

Rückweisung des Positionspapiers "Wieso die SVP unsere Freiheit und Demokratie gefährdet"

Begründung: *Antifaschismus ist Pflicht. Die Position eines bürgerlichen Antifaschismus, wie er sich durch das vorliegende Positionspapier zieht, teilen wir nicht. Mit diesem Rückweisungsantrag wollen wir daher folgende Frage in den Raum stellen: Wollen wir einen bürgerlichen oder einen revolutionären Antifaschismus?*

Folgend die Hauptkritikpunkte:

*Die Stärke von JUSO-Positionspapieren liegt in der materialistischen und intersektionalen Analyse von gesellschaftlichen Zusammenhängen. Besonders erstere fehlt zu grossen Teilen im Papier. Es fokussiert sich auf den Aufstieg der SVP, lässt aber zentrale Punkte aussen vor. Beispielsweise wird nicht erklärt, weshalb sich Teile der Arbeiter*innenklasse rechtsextremen Positionen zuwenden, obwohl das schon unzählige Male fundiert dargelegt worden ist. Diese Analyse ist aber grundlegend, um die Normalisierung der SVP-Positionen sowie auch die Nähe von SVP und den "bürgerlichen" Parteien zu verstehen. So hat beispielsweise die FDP ein grosses Interesse an einer starken SVP: Einerseits für parlamentarische Mehrheiten und andererseits, da die extreme Rechte keine Gefahr für den Kapitalismus und andere Unterdrückungssysteme darstellt, sondern diese gar stärkt. Die FDP wird deshalb niemals ein Interesse an einer ernsten, antifaschistischen Allianz haben, im Gegenteil. Auch die sogenannten Mitteparteien und die bürgerliche Medienlandschaft, die ganz klar fürs Aufbewahren vom kapitalistischen Status Quo einstehen, relativieren und normalisieren die SVP indem sie diese und die SP als "Polparteien" bezeichnen und somit die Radikalität beider Parteien gleichzusetzen probieren. Diese Aspekte kommen auch in diesem Papier zu kurz und stattdessen wird von naiven Ausnahmen ausgegangen. Denn, bürgerliche Parteien waren in der Geschichte bei der Machtergreifung faschistischer Regierungen entscheidend und es wäre naiv zu glauben, dass sich dies ändern wird. Die im Papier vorgeschlagenen Partner*innen stützen den Status Quo und seine systematische Unterdrückung, welche der extremen Rechten vor allem in Krisenzeiten wie heute die Grundlage bieten, um durch Hass und Hetze ihre Ziele zu erreichen. Wie im Kapitel 6.2 angedeutet wird: "Die Linke muss über ihre jetzigen Ambitionen hinauswachsen, reiner Statuserhalt reicht nicht." Sich hierzu den Bürgerlichen zuzuwenden, statt eine linke, konsequente, antifaschistische Bewegung zu stärken, widerspricht dem grundsätzlich.*

Zusätzlich fällt auf: Das Wort Rassismus fällt im gesamten Positionspapier zweimal, davon einmal als nähere Beschreibung eines Amtes. Es kann nicht sein, dass die JUSO als Partei mit antirassistischem Anspruch, dieses Kernelement der SVP-Politik in diesem Papier so oberflächlich bespricht. Ausserdem liegt hier eine weitere

zentrale Verbindung zur FDP, deren Migrationspolitik sehr wohl rassistisch ist, wenn auch weniger offen und pointiert. Dass von der FDP eine menschlichere Politik gefordert wird, zeigt den Fehlschluss dieser Analyse, dass bürgerliche Parteien ihre Positionen bloss strategisch denen der SVP anpassen würden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Bürgerliche Parteien stehen Werten der SVP zumindest nahe, teilen sie sogar oftmals.

Vielmehr sehen wir die richtige Strategie der JUSO im Kampf gegen die extreme Rechte darin, klar Position zu beziehen. Wir müssen konsequent die rechtsextremen Inhalte der SVP und ihre Forderungen benennen und einer breiten Öffentlichkeit aufzeigen. Wir brauchen eine linke, intersektionale und koordinierte Strategie sowohl gegen den Rechtsextremismus als auch gegen seinen Kern, den Kapitalismus und die mit ihm verbundenen Unterdrückungssysteme. Dies geht jedoch nur, wenn die Linke als eine Alternative zum Status Quo gesehen wird, statt diesen Platz der SVP lässt, die diesen eigentlich wahren wird. Ausserdem müssen wir die Bürgerlichen zur Verantwortung ziehen für ihr Kuscheln mit der SVP und ihre eigene menschenfeindliche Politik. Deshalb kann die Lösung nur eine starke, linke antifaschistische Bewegung sein. Aufbauend auf dem Wissen und der Arbeit der ausserparlamentarischen Antifa, denn sie sind es, die aktuell den antifaschistischen Kampf tragen.

Aus diesen und weiteren Gründen wollen wir das Papier zur Überarbeitung an die GL zurückweisen. Nur mit zahlreichen und ausführlichen, kapitelumfassenden Anträgen, brächten wir eine konsequente Haltung in das Papier. Diese sind einerseits wahnsinnig zeitaufwändig und sprengen den Rahmen einer Vorbereitungssitzung auf eine Versammlung. Andererseits stimmen nicht nur einzelne Absätze nicht mit unserer Überzeugung überein; wir sind mit der Grundhaltung nicht einverstanden. Um einen roten Faden zu gewährleisten, muss das Papier als Ganzes überarbeitet werden. Der Rückweisungsantrag ermöglicht es, über die antifaschistische Grundhaltung der JUSO zu diskutieren und darauf basierend eine neue Fassung des Papiers aufzubauen. Eine solche Grundsatzdiskussion verhindert, dass das Papier bei zahlreichen Anträgen widersprüchlich zu werden droht.

So kommen wir zurück zur Grundfrage: Wollen wir den Faschismus nur eindämmen oder ihn in seinen Wurzeln zerschlagen? Die Antwort darauf sollte klar sein – zumindest für eine konsequente JUSO!

Stellungnahme der Geschäftsleitung: ablehnen.

Die Geschäftsleitung erachtet einen Rückweisungsantrag im Hinblick auf die genannten, teilweise auch legitimen Kritikpunkte, als ungerechtfertigt. Verschiedene Anträge haben gezeigt, dass die im Rückweisungsantrag kritisierten Punkte im bestehenden Papier durchaus entsprechend angepasst werden können. Analysen, die von einem Teil dieser Partei nicht geteilt oder falsch verstanden werden, können also problemlos mit einem Gegenvorschlag diskutiert werden. Eine solche Auseinandersetzung mit der Thematik würden wir als konstruktiv erachten, mit einer Rückweisung können diese Diskussionen aber nicht gewährleistet werden. Um eine konstruktive Diskussion anzuregen, gehen wir gerne schriftlich auf verschiedene Kritikpunkte aus dem Antrag ein:

«Das Papier beinhaltet eine zu einfache Analyse» Es handelt sich beim vorliegenden Dokument um ein Positionspapier. Dieses Format dient der JUSO primär, Positionen und Analysen für die breitere Öffentlichkeit aufzubereiten. Wir haben bewusst

versucht, nicht zu viele Themen und zu detaillierte Faschismusanalysen im Papier aufzurollen, damit es für die breite Bevölkerung gut verständlich und zugänglich ist. Genau das wurde zurecht in Vergangenheit an Versammlungen immer wieder gefordert. Dennoch ist die Geschäftsleitung der Ansicht, dass verschiedene Punkte mit einer anständigen Tiefe beleuchtet werden. Es ist zudem immer möglich, einzelne Unterthemen oder komplexere Konstrukte in einer Resolution oder in Bildungsinputs separat noch einmal genauer zu beleuchten, gerade auch im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen.

«Die GL will mit dem Klassenfeind zusammen spannen» Eine differenzierte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Faschismus ist nicht «naiv», nur weil auch von bürgerlichen Wähler*innen eingefordert wird, dass sie keine Faschos werden und sich von diesen abgrenzen – Im Gegenteil: Es ist dringend nötig, dass der Teil der Arbeiter*innenklasse, welcher heute Parteien wählt, die nicht massgeblich in ihrem Interesse politisieren, sich gegen faschistoide Tendenzen stellt. Des weiteren können einige Punkte im Papier missverstanden werden. Mit dem modifizierten Antrag der GL zu PDE-340 sollte nun klar werden, dass wir natürlich keine organisierte Allianz mit der FDP und Co. eingehen wollen, sondern mit anderen linken Parteien, Bewegungen, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft.

Natürlich ist die GL mit den historischen Begebenheiten des letzten Jahrhunderts vertraut und weiss entsprechend, wer die Steigbügelhalter*innen des Faschismus waren. Aber die Analyse, dass die Mehrheitsgesellschaft (und davon wird an den entsprechenden Stellen gesprochen, nicht vom Kapital) unweigerlich zum Faschismus kippen wird, würde unsere Arbeit, zumindest in diesem Bereich, unsinnig machen. An dieser Stelle muss jedoch auch klargestellt werden, dass dieses Positionspapier wiederum nicht verschiedene Faschismen abhandeln soll, sondern den Aufstieg und Erfolg der SVP zumindest im Ansatz zu erklären versucht.

«Rassismus wird zu wenig thematisiert» In der Tat geht das Papier zu wenig detailliert auf den Rassismus der SVP ein. Eine entsprechende Ergänzung in Form eines Antrages wäre daher herzlich willkommen gewesen. Ansonsten verweisen wir auf das Antirassismus-Positionspapier (2023), wo die SVP und entsprechende Initiativen und Kampagnen ausführlicher thematisiert wurden.

«Umfangreiche Anträge sind zu aufwendig» In der Tat wissen wir nur zu gut, dass eine Überarbeitung eines Papiers einen gewissen Aufwand mit sich bringt. Dennoch hatten die Sektionen zwischen Hochladen des Papiers und der Antragsfrist zwei Wochen und sechs Tage Zeit zur Verfügung (bzw. noch zwei Tage mehr nach Fristverlängerung). Die Geschäftsleitung ist sich bewusst, dass mit den NRW und der IFEZ sehr viele Ressourcen gebunden sind. In Sektionen, wo die gleichen Leute die beide Grossprojekte tragen und Anträge schreiben würden, liegt aktuell wohl wirklich weniger drin. Es gibt jedoch in dieser Partei genügend kluge Köpfe, die Anträge schreiben können, was ja beispielsweise auch der umfassende Antrag PDE-340 zeigt. Noch mehr Zeit in Anspruch nähme hingegen die Erarbeitung eines ganz neuen Papiers, was mit einer Rückweisung de facto von der Geschäftsleitung gewünscht wird. Nur wird dieses Papier dann wieder von der GL verfasst und könnte wieder Rückweisungspotential haben. Die GL möchte keine Parolen diktieren. Genau deswegen zählen wir auf die Mitarbeit durch die Sektionen im Rahmen von Delegierten- und Jahresversammlungen. Diesen gemeinsamen Prozess durch eine Rückweisung zu verhindern, bedauern wir zutiefst. Denn anders als die Antragssteller*innen suggerieren, schafft eine Rückweisung eben keine Diskussion über Positionen und konkrete themenspezifische Fragen. Alle, die sich um konkrete Anträge bemüht haben, gehen dabei leer aus.

Wir möchten und können diese Diskussion nicht verschieben. In einem Monat finden die eidgenössischen Wahlen statt, laut neusten Umfragen könnte die SVP um 2%

zulegen. Wenn wir das verhindern wollen, müssen wir JETZT öffentlich über die Gefährlichkeit dieser Partei diskutieren. Genau das möchten wir mit diesem Papier tun. Nach dem 22. Oktober ist der Schaden angerichtet. Wir wollen alles in unserer Macht stehende tun, um diesen Schaden möglichst gering zu halten. Vier Jahre sind eine lange Zeit. Die Geschäftsleitung empfiehlt euch dringend, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen.